

Politik, Kultur
Programm
aus Ost & West

03/2009

*24.02.2009

Kein „weiter wie bisher“.

Neuorientierung in der Krise: Ist der Kapitalismus am Ende?

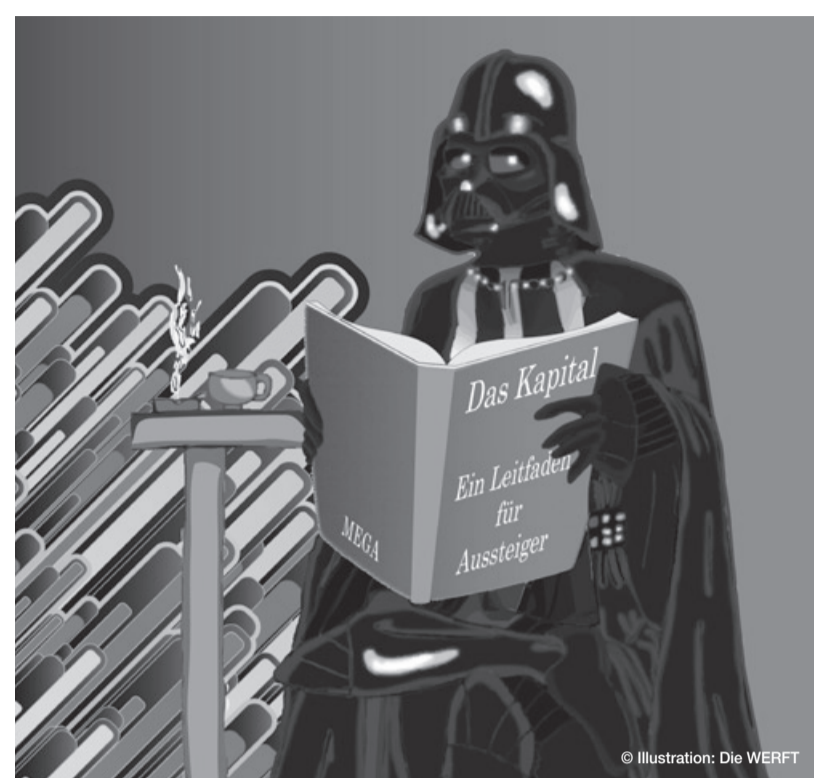
Die Häufung der Krisen, besonders das Zusammenbrechen des Banken- und Finanzsektors, hat die politische Landschaft gravierend verändert. Was bedeutet das für die emanzipatorischen Kräfte aus linken Gruppierungen, etablierten Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Nord-Süd-Gruppen, der Friedensbewegung und NGOs, von denen sich viele im Netzwerk attac zusammengeschlossen haben? Sie spielten in den vergangenen 10 Jahren eine wichtige Rolle. Ihnen gelang es, die Behauptung von der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus aufzubrechen. Und nun haben die dem System eigenen Mängel seine Glaubwürdigkeit weiter untergraben. Die Warnungen aus dem Lager der Sozialen Bewegungen haben sich bestätigt. Sind attac und Bündnispartner nun überflüssig geworden? Sollten die Aktiven in ihre angestammten Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften zurückkehren, um dort gemeinsam mit inzwischen aufgewachten Mitgliedern die Stunde für Reformen zu nutzen? Es könnte auf eine Reihe von Forderungen aus dem attac-Katalog zurückgegriffen werden, um sie nun mit mehr Chancen in gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen. Dazu gehören die Gründungsforderung nach einer Börsentransaktionssteuer ebenso wie die Schließung von Steueroasen, die stärkere Regulierung und Begrenzung der Finanzmärkte, die Rückkehr zu einem solidarischen sozialen Sicherungssystem, Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung und ein ausreichendes Einkommen für alle Menschen - mit

und ohne Arbeit. Denn auch in Politik und Wirtschaft wird wieder verstärkt von „unserer sozialen Marktwirtschaft“ geredet; sogar empfohlen, diese global als Erfolgsmodell auszuweiten. Dabei wird freilich übergegangen, dass der Zahn des Neoliberalismus schon erhebliche Lücken in unsere einstmalige soziale Marktwirtschaft hineingerissen hat. Und mit Blick auf den Finanzbereich werden Forderungen erhoben, die denen von attac ähnlich sind. Es bleibt abzuwarten, was davon lediglich beschwichtigende Rhetorik und was ernst gemeint ist. Das bisherige Handeln der großen Koalition legt nahe, dass hinter der weichgespülten Rhetorik vor allem der feste Wille steht, die Krise irgendwie zu überstehen und dann im Großen und Ganzen weiterzumachen wie bisher: die Gewinne für die Banken und Konzerne, die Verluste für die VerliererInnen des Systems. Da bedarf es einer wachsamsten Instanz, die politisches Handeln immer wieder an den Sonntagsreden misst.

Doch es gibt auch Kräfte, die in der Krise eine Chance zu grundlegenden Veränderungen sehen. Bereits im Sommer 2007 wurde vom attac-Rat der Akzent von der damaligen Globalisierungskritik hin zur Kritik am System - am Kapitalismus selbst - verschoben. Die Idee zu einem Kongress entstand, der jetzt Anfang März in Berlin stattfinden wird. Er sollte der bis dahin tabuisierten Kritik am Kapitalismus einen Weg bahnen. Das haben inzwischen die Medien besorgt. Was aber weitgehend fehlt, ist eine gründliche Analyse. Und im

Anschluss daran das Entwickeln von Alternativen. Die gibt es nämlich bisher nicht auf der Basis breiter Zustimmung. Und auch wer kommunistische/sozialistische Träume hegt, ist vorsichtig geworden angesichts des Scheiterns vergangener Real-Sozialismen. Die Frage ist also nach wie vor ungelöst, was denn an die Stelle des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, treten könnte. Wenn Kapitalismus, wie einige behaupten, von seiner grundlegenden Struktur her ungeeignet ist, das ökologische Fortbestehen unseres Planeten und ein demokratisches, menschenwürdiges Zusammenleben zu organisieren, wie könnte es dann anders gehen? Der vage Begriff „einer anderen Welt“ muss dazu mit konkreten Vorstellungen gefüllt werden. Und das ist eine riesige Herausforderung. Denn über die Ablehnung des Neoliberalismus konnte relativ leicht Einigkeit erzielt werden. Sich auf konkrete Zukunftsmodelle zu einigen und sei es nur im Groben, ist bedeutend schwieriger angesichts der Vielfalt von Menschen- und Weltbildern innerhalb der Bewegung.

Auch oder gerade auf unsere Menschen- und Weltbilder tut ein kritischer Blick Not, der umso schwerer fällt, weil inzwischen alle mehr oder weniger in dieses kapitalistische System verstrickt sind. Der Kapitalismus hat - von den allermeisten unbemerkt - die Menschen, ihre Kultur, ihre Werte, ihr Miteinander radikal verändert. Alle sind infiziert von der Logik der Verwertung und Rendite. Der Kapitalismus verän-



© Illustration: Die WERFT

dert die intimsten Beziehungen. Auch das gilt es aufzudecken und bewusst zu machen.

Der Kongress kann bei all diesen skizzierten Aufgaben eine wichtige Rolle spielen. Die allgemeine Sensibilität für das Thema ist eine gute Voraussetzung, um über die bisherigen Interessenten solcher Veranstaltungen hinaus neue Menschen anzuziehen. Und er bietet eine Plattform, um verschiedene Analysen, Sichtweisen und Interessen zusammenzubringen. Das kann sehr spannend werden. Vorausgesetzt, Neugier und wechselseitige Offenheit bestimmen die gemeinsamen Diskurse.

Auch andernorts ist Bewegung in die Bewegung gekommen. Die Interventionistische Linke stellte im Januar ihren

Ratschlag unter die K-Frage, die Gewerkschaften planen einen Kongress zum Kapitalismus und in der evangelischen Kirche hat eine Gruppe Aufmüpfiger den Diskurs über die Positionierung der Kirche in Zeiten des Kapitalismus provoziert. Zu wünschen bleibt, dass sich diese verschiedenen Suchbewegungen am Ende zusammenführen lassen und die emanzipatorischen Kräfte zu bündeln. Orientierung ist dringend notwendig. Nicht nur in der Politik, auch bei attac kann es angesichts der Umbruchsituation kein „Weiter wie bisher“ geben.

MARLENE WERFL

www.attac.de/aktuell/kapitalismus-kongress

EDITORIAL

Für eine solidarische Gesellschaft - diese Forderung der Sozialproteste von 2004 wird am 28. März auf die Straßen von Berlin und Frankfurt zurückkehren. Vom Pflaster einiger ostdeutscher Städte wie z.B. Aschersleben ist sie nie verschwunden. Jeden Montag stehen sie auf dem Holzmarkt; die Harz Vierer, die Loser, die Habenichtse und diejenigen, die sich mit ihnen solidarisieren. Mal sind sie mehr, mal weniger. Aber da sind sie immer. Jeden Montag. Seit viereinhalb Jahren.

Auch Die Linke mobilisiert unter diesem Motto für den internationalen Protesttag im Vorfeld des Krisengipfels der G 20. Während einzelne Gewerkschaftsgliederungen zu den Unterstützern des Aufrufs zählen, konnte sich die DGB-Spitze nicht dazu durchringen. Noch betreibt man hier eifrige Bestandswahrung. Alles soll möglichst so bleiben, wie es ist, auch die große Koalition als kleineres Übel. Und auch bei Die Linke geht man vorsichtig zu Werke. Das große Ziel heißt Regierungsfähigkeit. Da eine Diskussion um gesellschaftliche Umverteilung loszutreten, könnte Wählerstimmen kosten.

Der Kontakt zu benachteiligten sozialen Randgruppen darf nicht verloren gehen. Sie brauchen eine Lobby. Und notwendig ist eine breite öffentliche Diskussion bis ins Parlament hinein über die Rolle der Arbeit in der Moderne. Die durch den Kapitalismus geprägte Arbeits- und Leistungsethik inklusive Wachstumsbegriff stehen zur Disposition.

Das für den Herbst geplante 3. Sozialforum im Wendland kann zu einem offenen Raum für die Diskussion von Ideen aus der sozialen und ökologischen Bewegung werden. Auch die in parteipolitisch festgefahrenen Positionen verharrenden Linken sollten es als Chance für den Aufbruch in ein neues Denken betrachten.

SOLVEIG FELDMERER
RICHARD SCHMID

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Für eine solidarische Gesellschaft



Unter diesem Motto mobilisiert ein breites Bündnis aus Gewerkschaftsgliederungen, Erwerbslosen- und Sozialprotestorganisationen, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac, der Partei „Die Linke“ sowie entwicklungspolitischen und antikapitalistischen Gruppen für den 28. März wenige Tage vor dem so genannten Weltfinanzgipfel der G20 am 2. April in London zu Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main.

Denken, diskutieren, ...

Aus einer Banken- und Finanzmarktkrise ist innerhalb weniger Monate eine Weltwirtschaftskrise geworden, deren Verlauf und vor allem deren Ende nicht abzusehen sind. Dabei ist es nicht leicht, gut

zu verstehen, was sich da wie ein gewaltiger Erdbeben vor unseren erstaunten Augen abspielt. Wo noch vor kurzem kein Geld für Bildung und Soziales da war, werden heute astronomische Summen öffentlicher Gelder zur Rettung von Banken locker gemacht. Und wo gestern noch staatliche Einmischung als Teufelszeug galt, wird heute nach Konjunkturprogrammen gerufen. Verstaatlichung ist „in“.

Verkehrte Welt? Nein: weil es immer um die Verwertungsinteressen des Kapitals geht und die Ideologie dabei nicht die erste Geige spielt. Und weil unter den herrschenden ökonomischen Verhältnissen jede Bankenpleite nicht nur die Wertpapiere und Fonds, sondern auch das Ersparnis, die Renten oder die Eigenheime der ganz normalen Leute gefährdet. Und weil jeder Wirtschaftseinbruch nicht nur mit Firmenpleiten, sondern mit massenhafter sozialer Not einhergeht.

Verkehrte Welt? Ja: weil es denkbar wäre, die gigantischen Vermögen, die in den letzten Jahren aufgehäuft wurden, zur Bewältigung der Krise heranzuziehen. Nach dem Verursacherprinzip müssten die Reichen und Profiteure zahlen. Weil all der Spekulation, den Schattenbanken, Steueroasen und Finanzprodukten durch Regeln, Verbote und demokratische Kontrolle ein Ende bereitet werden könnte. Und weil es eigentlich erfreulich

ist, wenn weniger Autos produziert werden - die Beschäftigten könnten in der frei gewordenen Zeit sinnvollere Dinge tun.

... demonstrieren!

Aber: weltweit hageln die Einschläge auf die „kleinen Leute“ dichter herb. Es ist zu befürchten, dass gerade die Schwachen die Zeche zahlen müssen. Hart betroffen sind die Leute in Entwicklungsländern, denen jede Perspektive genommen wird; die ArbeitsmigrantInnen, die gefeuert und verjagt werden, die LeiharbeiterInnen, deren Jobs ohne Sozialplan oder Kurzarbeit als erste wegfallen, sowie Millionen Beschäftigte, deren Arbeitsplätze und soziale Sicherheiten den Turbulenzen des (Finanzmarkt-)Kapitalismus zum Opfer fallen.

Schon jetzt sind nationalistische Stimmungen zu vernehmen („britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ z.B.) und die Gefahr, dass neue Sündenböcke gesucht und gefunden werden, dass ultrarechte und autoritäre Wege gesucht werden, darf nicht unterschätzt werden.

Umso wichtiger ist es, so bald wie möglich demokratische Bündnisse zu schmieden, die sich nicht einwickeln lassen, sondern für echten sozialen und ökologischen Richtungswechsel eintreten. Wir brauchen solche Bündnisse auch auf örtlicher Ebene, um den Menschen Orientierungspunkte zu

bieten und dem Zorn eine positive Richtung zu geben.

Der Aufruf zu den Demos am 28. März wird bisher von folgenden Organisationen unterstützt:

Aktionsbündnis Sozialproteste / Attac Deutschland / BiR-Kar e.v. / Bundesverband der Migrantinnen in D e.V. / ChristInnen für den Sozialismus / DGB und Sozialforum Herne / DIDF / DKP / Euromärsche / Friedens- u. Zukunftswerkstatt / GEW Landesverband Hessen / IG Metall Frankfurt / INKOTA-netzwerk / internationale sozialistische linke (isl) / Kairos Europa e.V. / APRI-Netzwerk Antiprivatisierungsiniciativen / Partei DIE LINKE / ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg / ver.di Bezirke Berlin, Stuttgart und München / ver.di-Jugend Niedersachsen-Bremen / Zukunftsforum Gewerkschaften Stuttgart ... und es werden täglich mehr. (Bildungsstreik-Initiativen sind zum Beispiel auch dabei). Darüber hinaus gibt es Organisationen, die bereits beschlossen haben, mit eigenen Texten zu den Demonstrationen aufzurufen: Bündnis90/ die Grünen, DGB Frankfurt, der BUND und Oxfam gehören dazu. Auch aus dem eher linksradikalen Spektrum sind eigene Aufrufe im Umlauf. Diese Mobilisierung soll nur ein Anfang sein. Auftakt zu einer Reihe von Auseinandersetzungen, die sich darum drehen, wie die Krisenlasten

verteilt werden und welche Konsequenzen für die politische Ökonomie weltweit gezogen werden. Die nächsten Aktionen, auf die wir gemeinsam orientieren, sind auch schon bekannt: Die NO-NATO-Proteste (Demo am 4.4. in Straßburg), die 1. Mai-Veranstaltungen, die Aktionen des EGB für soziale Leitlinien in Europa am 16. Mai mit einer DGB-Demonstration in Berlin, oder die Bildungsstreik-Aktionswoche vom 13. bis 19. Juni. Weitere werden folgen. Wenn wir klug sind, wird es bald in vielen Städten gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen, Mobilisierungen und Kampagnen, Projekte und Positionen geben, für konkrete Schritte in die andere Welt, die immer noch möglich ist. Dass man sich dabei nicht auf die Regierungen und ihre Berater verlassen darf ist klar (auch wenn hektische Betriebsamkeit und unglaubliches Wortgeklingel zu beobachten sind). Dass wir selbst die besseren Wirtschaftsweisen sind, sollten wir beweisen.

SABINE LEIDIG

Internationaler G20-Aktionstag:
28. März 2009, Demonstrationen
Berlin: 12.00 Uhr Rotes Rathaus
15.00 Uhr Gendarmenmarkt
Frankfurt/M: 12.00 Uhr Hauptbahnhof + Bockenheimer Warte
15.00 Uhr Römerberg
www.28maerz.de

Raus aus der absurden Verwertungsgesellschaft

Sich und andere wirklich ernst nehmen



© Solveig Feldmeier

Zuerst aufgefallen ist mir Ralph Meier als einer der Organisatoren der attac-Aktionsakademie. Der fröhliche junge Mann verbreitete schon vor dem Frühstück gute Stimmung. Er fühlt sich wohl und zufrieden, weil er weiß, dass er das tut, was er wirklich machen will. Er arbeitet für die Bewegung. Die soziale und ökologische Kraft, welche unsere Überflusgesellschaft und deren Maxime „Wenn du nichts leistest, bist du nichts“ ad absurdum führen möchte. Den Reichtum verteilen – darauf

kommt es an. Deshalb wird Ralph auch beim Kapitalismuskongress mitdiskutieren und nach Lösungen suchen, um das System zu überwinden.

Wir haben uns im Café Leon am Bahnhof Friedrichstraße verabredet. Hier kann man ungestört sitzen und ist dennoch vom entfernten Stimmengewirr der anderen Gäste umgeben. Berlin ist der „schöne Ort“, den sich der Diplommathematiker nach Abschluss seines Studiums und diversen Selbsterfahrungserlebnissen inklusive Praktika zum Le-

ben ausgewählt hat. In der westfälischen Provinz geboren und aufgewachsen, schwärmt er von der am wenigsten dörflichen deutschen Stadt, in der er die Freiheit hat, so zu sein, wie er ist. „Die Menschen hier sind an Verdrückte gewöhnt. Für jedes Bedürfnis findest du Leute, die ähnlich drauf sind.“ Ralph lebt seit drei Jahren vegan. „Vegan in Berlin ist einfach und macht Spaß!“ Seine Wohngemeinschaft mit fünf Menschen, die ebenfalls auf tierische Produkte verzichten, bietet ihm einen wichtigen friedlichen Rückzugsort. Ralphs Liebesbeziehungen basieren auf dem Prinzip der Polyamory. Keine romantische Zweierbeziehung – auch hier lebt er gegen das Klischee. Wie entwickelt man sich zu jemandem, der traditionelle Lebensweisen in Frage stellt und überwindet?

Er wuchs gut behütet mit zwei älteren Brüdern und einer jüngeren Schwester in einer wohlhabenden Familie auf und wurde in der Katholischen Jungen Gemeinde zum ersten Mal gesellschaftlich aktiv. Dort tat er das, was er gut kann. Dinge organisieren. Die Eltern haben ihm ein Wertesystem vermittelt, das auf Arbeit für Andere und die Gemeinschaft, aber auch auf Leistungsstreben beruht. Exemplarisch hierfür sieht er den Begriff der Intelligenz. „Bei diesem Wort, das benutzt wird, um sich gegenüber anderen abzusetzen, kriege ich Allergie. Intelligenztests stehen für ein kleingeistiges Bedürfnis, messen zu wollen, wer schlauer ist als der andere. Sie sagen so wenig über das tatsächliche Potenzial eines Menschen und dienen vor allem dazu, die Leute auf eine bestimmte Art von verwertbarer Leistung zu trimmen.“ Das gleiche gilt nach

Ralphs Meinung für die Bewertung nach Schulnoten. Er selbst wollte immer der Beste sein, vermutlich um den Eltern zu gefallen. Er war dieser schwächliche Mathematikertyp, der viel Zeit zu Hause verbracht hat. Bis heute fällt es ihm schwer, mal einen halben Tag Pause zu machen. Das Leistungsstreben steckt tief in ihm drin. Und trotzdem hat er sich gegen eine bürgerliche Karriere und für die „Loser“ der Gesellschaft entschieden? „Ja, ich will, dass der Fußballverein mit den geringsten Aussichten gewinnt. Auf den halte ich. Das war schon immer so.“ Seine Eltern erlebt er als ganz seltsame Macht. Er mag seine Familie und hält Kontakt. Aber, wenn er dort ist, findet er die gleiche Rollenaufteilung wie vor zwanzig Jahren. Gefühle und soziale Beziehungen werden nicht besprochen. Ralph wünscht sich gewaltfreie Kommunikation als Schulfach von der ersten Klasse an.

Mit 17 kam der Wendepunkt in seinem Leben. Er stellte alle ihm vermittelten grundsätzlichen Lebensweisen in Frage. Die Kirche sah er als Methode, um Macht über Menschen auszuüben. Die Riten des Erwachsenwerdens: Alkohol trinken, Schützenprinz werden – wollte er nicht mehr mitmachen. Aber was er wollte, wusste er noch nicht. Also entschied er sich, etwas zu studieren, was ihm in der Schule Spaß gemacht hatte, und zwar weit weg von zu Hause in München. Die Welt der reinen Mathematik ist wunderschön und hat nichts mit der realen Welt zu tun. Er traf lauter Leute, die so ähnlich drauf waren wie er. Dies gab ihm den Raum, sein eigenes Leben zu gestalten. „Ich wollte mich entspannen, mich

entdecken, mich entwickeln, Sachen über mich herausfinden, die ich noch nicht kannte. Dabei bin ich zunehmend politischer geworden.“ Für ökologische Themen und Greenpeace hatte sich Ralph schon in der Schulzeit interessiert. Also fuhr er bei der Tour de Natur mit, einer alljährlich organisierten verkehrspolitischen Radpartie. Hier hat er politische Bewegungsarbeit life mitbekommen. Er genoss das Gefühl des: Wir können auch anders leben in dieser Welt. Der Tag seiner endgültigen Politisierung kam nach dem 11. September 2001. Seine Erkenntnis aus dem Abstimmungsverhalten der Grünen hinsichtlich des Krieges in Afghanistan war: Parteien sind es nicht, die etwas ändern können. Er machte seine Erfahrungen mit der Bewegung und musste feststellen, dass sie oft nicht auf die effizienteste Weise gesellschaftliche Veränderungen anstrebt. So wird z.B. Pressearbeit häufig vernachlässigt. Dabei stellt sie einen erst zunehmenden Multiplikator dar.

Ralph entschied, sich nicht für einen Job, sondern für gesellschaftliche Bewegung zu professionalisieren. Deshalb nahm er an einem Fortbildungskurs mit dem Titel „Zukunftspiloten“ an der Bewegungsakademie in Verden teil. Hier erlangte er Kenntnisse in Projekt- und Zeitmanagement, Kommunikation, Kampagnenplanung und Organisationsentwicklung. Auf der Sommerakademie 2005 in Göttingen hatte er attac kennengelernt. Bei einem Praktikum im Frankfurter Bundesbüro konnte er das Gelernte an der Realität prüfen. Da Verkehrspolitik für ihn ein spannendes und faszinierendes Querschnittsthema darstellt, wirkte er bei der Koordinierung der Bahn-

kampagne mit. Das Team hat jeden Tag gepowert. Und es machte Spaß zu erleben, dass man was auf die Beine stellen, Wirkung erzielen kann.

Mittlerweile hat ein Thema von dem enthusiastischen jungen Mann Besitz ergriffen, das auch in der Bewegung nur am Rande existiert. Die Tierethik verbunden mit Kritik an der Herrschaft, die Menschen über andere Tiere ausüben. Selbst aufgeklärte Zeitgenossen sind auf diesem Auge blind. Für die meisten ist es ethisch legitimierbar, Tiere zu züchten und als Eigentum zu behandeln. Ralph sieht dafür keine plausible Begründung.

Gerade hat Ralph das Treffen eines Netzwerks mitorganisiert, das tierethische mit ökologischen und sozialen Fragen verbindet. 40 vor allem junge Leute waren da. Mehr als die Änderung individuellen Konsumverhaltens interessiert sie die Vision einer – auch gegenüber Tieren – gewaltfreien Gesellschaft. Ralph sieht Empowerment – Selbstermächtigung – als einzigen Weg zu einer menschlichen postkapitalistischen Gesellschaft. Sei liebevoll mit Dir und anderen! Sei kritisch mit Dir und anderen! Erforsche Deine wirklichen Bedürfnisse! Kommuniziere sie und respektiere die Andersheit dessen, was die anderen Dir kommunizieren! Und dann tretet gemeinsam für das ein, was Euch wirklich wichtig ist!

Der Kapitalismus beruht auf wirtschaftlicher Einstufung und maximaler Ausbeutung von Menschen, Ressourcen und Tieren, so Ralph. Er träumt von einer Welt, in der alle Menschen sich selbst und andere fühlende Wesen ernst nehmen.

SOLVEIG FELDMEIER

Kühe und Katzen sind zum Essen da

Tiere kommen in Bewegung



© Richard Schmid

Bielefeld, Januar 2009, -3° C. Durch die Fußgängerzone schiebt sich ein lärmender Tross schräger Gestalten. Selbsternannte AlttiersammlerInnen bimmeln und werben marktschreierisch um ungeliebte Hunde, gebrauchte Kaninchen und inkontinente Meerschweinchen. Eine Pelzträgerin preist im Vorbeigehen die Wärmeigenschaften von Katzenfell. Eine Gruppe junger Menschen in Haustierkostümen bettelt mit großen Augen bei den PassantInnen um Hilfe. Einige von ihnen stecken bereits im Käfigwagen, der sich schaukelnd seinen Weg durch die Bummelnden bahnt. Überall entspinnen sich eifrige Diskussionen mit PassantInnen, wechseln kleine Flugblätterchen den Besitzer.

Was aussieht wie ein Ausflug des Selbsterfahrungskurses Extroversionstheater, ist der Versuch 20 Tierrechtsbewegter, die Routine der sonst an dieser Stelle stattfindenden Anti-Pelz-Demonstrationen durch neue Aktionsformen aufzubrechen. „Wir experimentieren in letzter Zeit mit zunehmender Begeisterung an neuen Wegen, mit Leuten über das Mensch-Tier-Verhältnis ins Gespräch zu kommen“, sagt Jürgen Foss vom Tierrechtsverein Die Tierfreunde e.V. „Das Bild vom Tierrechtler ist das eines verkniffenen, lustfeindlichen Missionaren, der Menschen hasst und die Welt gerne mit einer veganen Diktatur überziehen würde“, schmunzelt Foss. „Dass wir vegane Köstlichkeiten lieben,

stimmt. Alles andere zu widerlegen, macht uns gerade großen Spaß.“ So thematisieren sie heute die in ihren Augen unbegründbare Unterscheidung in Schmutz- und Pelztiere, die Katzen ein umsorgtes Leben bis zum natürlichen Tod zuschreibt, während Nerze unter grausamen Käfigbedingungen ein kurzes Leben in Agonie führen müssen. „Mir gefällt an dieser Aktionsform besonders, dass wir sozusagen die Schurken sind und die Leute ihr Gehirn anstrengen müssen, um uns davon zu überzeugen, nicht ihre Hunde zu häuten“, so Foss. „Dabei kommen eine Menge Argumente zusammen, die wir als TierrechtlerInnen nicht besser hätten formulieren können.“

Tierrechte, Tierethik oder „gesellschaftliche Tierbefreiung“ – holprige Begriffe dafür, nicht willkürlich an der Speziesgrenze Mensch Halt zu machen bei der Abwägung von Interessen. Gewissermaßen als Objekte der Ethik auch andere fühlende Wesen als den Menschen selbst einzubeziehen. Eine Konsequenz daraus, die TierrechtlerInnen deutlich von traditionellen TierrechtlerInnen und BiotierhalterInnen unterscheidet, ist es, Tiere nicht als Eigentum des Menschen zu betrachten. Sie zu sehen als für sich selbst lebende Individuen,

deren Züchtung, Gefangenhaltung und Tötung für menschliche Zwecke sich in unserer alternativenreichen Gesellschaft nicht mehr rechtfertigen lässt.

„Wie bei den Bremer Stadtmusikanten“, meint Jürgen Foss. „Oder ein anderes Beispiel: Im Sommer 2006 war im sächsischen Plauen ein Schwein kurz vorm Schlachthof vom Transporter entkommen und im Eilschritt davongestümt. Darauf titelte die Chemnitzer Morgenpost in fetten Lettern: ‚Schweinchen Schlau trickst Schlachter aus – Seit einer Woche auf der Flucht – Ganz Sachsen drückt die Daumen‘. Als das Schwein schließlich nach zehn Tagen mit sieben Betäubungspfeilen gefangen wurde, gab es der Eigentümer frei. Es darf nun bis zu seinem natürlichen Tod im Tierheim leben. Ganz Sachsen atmete auf. Es war den Menschen selbstverständlich, dass dieses um sein Leben kämpfende Tier natürlich nicht als nächstes dem Schlachter übergeben wurde – auch keinem besonders humanen.“

Dass der Tierbefreiungsgedanke sehr viel mit dem eigenen Teller und der eigenen Identität zu tun hat, leuchtet sofort ein und spiegelt sich in der emotionalen Heftigkeit wider, in der Gespräche über diese Frage oft

geführt werden. Vermutlich liegt darin auch der Hauptgrund, dass die globale Tierrechtsbewegung zwar seit den 1970er Jahren zunehmend wächst und vor allem junge Menschen begeistert, aber in der emanzipatorischen Bewegungslandschaft immer noch ein Nischendasein fristet.

Wie sieht diese Bewegung in Deutschland derzeit überhaupt aus? Was in der Öffentlichkeit zu Tierrechten allenfalls wahrgenommen wird, sind umstrittene große Verbände und autoritäre religiöse Gruppen – letztere sind eindeutig nicht mehr Teil emanzipatorischer Bewegungen. Auf der anderen Seite des Spektrums sorgen spektakuläre Befreiungs- und Sabotageaktionen für Aufsehen. Dazwischen erstreckt sich aber ein kaum bekanntes breitgefächertes Panorama an Aktiven, die in zahlreichen kleinen Graswurzelgruppen, überregionalen Netzwerken und gemäßigten Verbänden tagtäglich die eigentliche Basis bilden: Politische Aktionen, Workshops und Vorträge, das Bewerben veganer Alternativen oder einfach nur das Diskutieren im Bekanntenkreis. Was die Befreiung des Menschen angeht, streiten emanzipatorische TierrechtlerInnen als Teil einer für Gerechtigkeit, Selbstbestim-

mung und Gewaltfreiheit eintretenden Linken. Um ihre Außen-seiterrolle in dieser abzubauen, verknüpfen sie sich zunehmend mit anderen Bewegungen, tauschen Ideen aus und probieren sich in neuen kreativen Aktionsformen.

Zurück nach Bielefeld. Mittlerweile scheinen sämtliche Schlendernden dieses Samstagnachmittags bereits zweimal an der Alttiersammlung vorbeigekommen zu sein. Anderthalbtausend Flugblätter sind verteilt, einige Gliedmaßen arg unterkühlt, ein Hundekostüm von der dicken Jacke darunter gesprengt. Beim Abbauen positive Resonanz über die verhältnismäßig offenen Gespräche mit den PassantInnen. Jürgen Foss zieht erschöpft seine orangene Tierfreunde-Jacke aus. „Kann man eigentlich aus Katzen auch Wurst machen?“, grinst er plötzlich breit. „Dann könnten wir beim nächsten Mal doch spannend mit den Leuten über den Unterschied zwischen Streichel- und Nutztieren diskutieren.“

RALPH MEIER

www.tierbefreier.de
www.nandu.net
www.tierrechte.de
www.vebu.de
www.die-tierfreunde.de

Kein kurzer Prozess

Gerichtstermin um gentechnisch veränderten Weizen am 26.02.2009



Ein dreiviertel Jahr ist es her, dass Susanne Mähne, Axel Meyer, Lea Hinze, Christian Pratz, Mirjam Anschütz und Patricia Dickreuter durch ein Loch im Zaun des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben kletterten und ein Versuchsfeld mit gentechnisch verändertem Weizen umhackten. Die AktivistInnen gegen Gentechnik wollten eigenhändig sicherstellen, dass das im Herbst des Vorjahres ausgesäte gentechnisch veränderte Getreide nicht zur Blüte kommt. Mit Erfolg: nicht nur, dass ein großer Teil des Versuchsfeldes beseitigt wurde. Das IPK Gatersleben hat zudem angekündigt, an diesem Standort keine weiteren Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen durchzuführen.

Der geplante Freiland-Versuch in Gatersleben hatte im Vorfeld bereits breiten Protest ausgelöst. Unter anderem sammelte das Umweltinstitut München innerhalb von kurzer Zeit 30.000 Einwendungen gegen dieses Versuchsfeld. Inhalt der Einwendung: genetische Manipulationen an einem Grundnahrungsmittel wie Weizen seien unverantwort-

lich. Das Gaterslebener Versuchsfeld berge zudem besonders große Gefahren für die gentechnikfreie Landwirtschaft: Auf dem gleichen Gelände in weniger als 500 Meter Entfernung lägen die Vermehrungsflächen für alte Getreidesorten der Gaterslebener Kulturpflanzenbank, die in seiner Größe und Vielfalt einzigartig ist. Es sei zu befürchten, dass das genetische Erbgut der alten Getreidesorten durch Auskreuzung der gentechnisch veränderten Weizenpollen verunreinigt werde.

Die Proteste und Einwendungen blieben ohne Konsequenzen: Sowohl im Herbst 2006 als auch im Herbst 2007 wurde der gentechnisch veränderte Winterweizen im Freiland ausgesät. Die frühmorgendliche Aktion bereitete dem Versuch ein Ende.

Jetzt beginnt das juristische Nachspiel: Den AktivistInnen drohen beträchtliche rechtliche Konsequenzen. Im September letzten Jahres erhielten sie ein Schreiben, mit welchem sie aufgefordert werden, eine Schadensersatzsumme von rund 170.000 Euro zu zahlen. Der erste Prozessstag ist für den 26. Februar vor dem Landgericht in Magdeburg angesetzt. Das IPK wird da-

bei von niemandem Geringeren als Horst Rehberger vertreten, der von 2002 bis 2006 Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt und Initiator der sogenannten „Biotechnologie-Offensive“ des Landes war.

Fünf Fragen zum Prozess

Pflanzen schützen und zerstören: passt das denn zusammen?

Wir finden ja. Denn wir müssen die Blüte der gentechnisch veränderten Aussaaten verhindern, um das Erbgut von anderen Pflanzen zu schützen. Den Begriff Zerstörung finden wir unpassend, da er suggeriert, wir seien diejenigen, die etwas kaputt machen. Das ist absurd. Es ist der Anbau genmanipulierter Pflanzen, der für eine zerstörerische, Armut bringende Agrarindustrie steht und der einer vielfältigen und ertragsreichen Landwirtschaft in der Hand der Bauern und Bäuerinnen ihre Zukunft nimmt.

Eine Schadensersatzklage auf 170.000 Euro – schüchtert euch das nicht ein?

Wir haben bereits vor der Aktion gewusst, dass eine solche Klage mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf uns zu kommen würde und haben uns bewusst dafür entschieden, mit Gesicht und Namen für unsere Aktion einzustehen und die Gerichtsprozesse zu nutzen, weiter gegen die Gentechnik zu kämpfen.

Wie werdet ihr vor Gericht argumentieren?

Das IPK selbst hat in seinem Antrag auf Genehmigung des Versuches eingeräumt, dass eine Kontamination der alten Weizenbestände nicht auszuschließen sei. Das Institut hat dem aber entgegengestellt, dass es ja selber Eigentümer der Genbank sei und deshalb nur sein eigenes rechtmäßiges Hab und Gut dem Risiko einer Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Organismen aussetzen würde. Eine solche Argumentation finden wir einen Skandal: Die alten Kulturpflanzen sind ein Erbe der gesamten Menschheit,

nicht das Privateigentum eines Instituts, über das nach Belieben verfahren werden kann! Das IPK hätte diesen Versuch deshalb niemals anlegen dürfen oder zumindest selber unterpflügen müssen. Diese Aufgabe haben wir für das Institut übernommen. Juristisch nennt man so etwas „Geschäftsführung ohne Auftrag“. Wir haben aber „im Auftrag“ von vielen, vielen Menschen gehandelt, die genauso wie wir die großen Gefahren gesehen haben, die für die gentechnikfreie Landwirtschaft ausgingen.

Habt ihr weitere Aktionen geplant?

Wir haben eine Kundgebung und eine kleine Aktion zum Prozessauftakt am 26. Februar geplant. Außerdem bereiten wir auch schon die nächste Saison vor. Mitte April wird es eine Gegensaat geben und Mitte Juli eine große öffentliche Feldbefreiung in der Nähe von Kitzingen in Franken.

Angst vor einem Schauprozess?

Natürlich haben auch wir Befürchtungen, dass der Prozess gegen uns zu einem Schauprozess gegen Gentechnik-Gegner gemacht wird, um uns und andere AktivistInnen einzuschüchtern, damit nicht weiter gegen Gentechnik-Konzerne mobilisiert wird. Uns ist deshalb sehr wichtig, zu zeigen, dass unser Widerstand Teil einer großen Bewegung ist, die nicht zulassen wird, dass einzelne Gentechnik-Konzerne die Grundlage unsere Nahrung verseuchen. Uns ist klar: Wir brauchen für die kommenden Prozesse um unsere Feldbefreiungsaktion in Gatersleben einen langen Atem. Dazu benötigen wir Solidarität und Unterstützung aus allen Teilen der Bevölkerung.

CHRISTIANA SCHULER

www.gendreck-weg.de

Erster Prozess gegen FeldbefreierInnen am 26.2., Magdeburger Landgericht (10.10 Uhr, Raum A14) Kundgebung am 26.2., 9.30 Uhr, vor dem Magdeburger Landgericht

Bahnsteig-Gedanken



Nun sorgt schon der Bekanntenkreis dafür, dass den Bahnkolumnistinnen nicht der Stoff ausgeht.

Stellen Sie sich folgende Situation vor. Sie sitzen in der Regionalbahn von Halle nach Leipzig. Die Linie, noch immer durch die Bahn betrieben, führt über den Flughafen Leipzig/Halle ehemals Halle/Leipzig. Interessiert beobachten Sie die am Airport zusteigenden Fahrgäste. Ein Paar in mittleren Jahren und ein jüngerer Mann. Offensichtlich Ausländer. Sie lauschen. Man unterhält sich auf Englisch. Sie freuen sich, dass Ihr Schulenglisch noch so weit abrufbar ist, dass Sie wesentliche Eckdaten des Gesprächs verstehen können. Man sucht nach einer Möglichkeit, einen Fahrschein zu erwerben. Oha, denken Sie, das kann Ärger geben. Hoffentlich kommt kein Schaffner, ah Kundenbetreuer. Seit einiger Zeit hat die Bahn ganz im Dienste ihrer Kunden, die sie damit zu mehr Ehrlichkeit erziehen möchte, den Service des Nachzahlens im Zug abgeschafft. „Zustieg nur mit gültigem Fahrschein“ – so leuchtet es jedem potenziellen Schwarzfahrer von den Aufklebern auf den Türen entgegen. Die privaten Bahnbetreiber sind dem noch staatlich betriebenen Konzern da um einiges voraus. In ihren Schienenfahrzeugen kann man jederzeit ein Ticket erwerben und die Automaten sind zumeist intakt. Falls nicht, ist die Kundenbetreuerin so freundlich und ermöglicht das Nachlösen. Internationaler Standard möchte man meinen. Nicht bei der Bahn. Vermutlich will man so die Fahrgäste ideologisch beeinflussen. Die sollen sagen: Bei den Privaten gibt es viel mehr Service. Das Personal ist viel netter. Herr Mehdorn, es wird endlich Zeit auch den Rest zu privatisieren!

Aber zurück zu unserem Beobachtungsplatz und den Amerikanern. Woher wir wissen, dass sie frisch aus den USA eingeflogen sind? Nun ja, da steht schon der Zugbegleiter und die Fremden versuchen ihm ihr Problem verständlich zu machen. Die Spannung steigt. Wie wird die Amtsperson reagieren? Das schlimmste befürchtend, suchen Sie nach Worten, um gegebenenfalls schlichtend in die zu erwartende Auseinandersetzung einzugreifen. „Selbstverständlich können Sie im Zug bezahlen.“ Sie glauben, sich verhöhnt zu haben und schauen vorsichtig in Richtung Zugbegleiter. Der zwinkert Ihnen freundlich zu und hämmert in seinen tragbaren Fahrscheinendrucker.

Geht doch! Die Amerikaner bedanken sich überschwänglich. Leider tut sich das nächste Problem auf. Sie haben nur großes Geld. Es gibt Schwierigkeiten beim Wechseln. Nun kommt Ihr Part. Sie kramen Ihr Portmonee heraus und helfen. Wieder bedanken sich die Drei auf die wortreiche amerikanische Art. Nach geglückter Transaktion wendet sich der Schaffner Ihnen zu: Wir müssen doch einen guten Eindruck bei unseren ausländischen Gästen hinterlassen, nicht war?“ „Ja“ antworten Sie, schwer beeindruckt – unfähig, dazu ein weiteres Wort hervorzubringen. Können Sie sich das vorstellen? – Nein? Aber das ist einer Freundin von mir tatsächlich passiert. Ich habe sie provokativ gefragt: Was wäre, wenn die ausländischen Gäste Schwarze gewesen wären? Sie hat geantwortet: Ich bin mir sicher, dieser Zugbegleiter hätte genauso gehandelt. Da sage noch einer etwas gegen Die Bahn.

SOPHIE MARIA THIELE

Lernaufgabe: Projekt Gesellschaftliche Linke

Die Linke des nächsten Jahrhunderts wird also „gesellschaftlich“ sein oder sie wird nicht sein.“ behauptet der italienische Autor Marco Revelli.

Mit der Erinnerungskultur ist es so eine Sache, sie erzählt viel mehr von der Gegenwart, als davon, woran da erinnert werden soll. Wer die von der Volkssolidarität beauftragte Studie genau liest, der kann den Unterschied zwischen der inszenierten Erinnerung an die „Zeitenwende von 1989“ und dem subjektiven Unbehagen an den heutigen Verhältnissen herauslesen. Das System der repräsentativen Parteiendemokratie ist selber in die Glaubwürdigkeitskrise geraten. Die alten Bürgerbewegungen sind parteipolitisch geschluckt oder mit der Verwaltung ihres vermeintlichen Erbes beschäftigt. Auch ihren Nachfolgern von 2004 kann es im kleineren Maßstab so ergehen.

Die Montagsdemonstrationen haben nachhaltig die politische Geographie dieser Repu-

blik verändert. Gewiss, auch sie sind gescheitert. Aber sie sind so gut gescheitert, dass heute wieder parteipolitisch über „Soziale Gerechtigkeit“ gesprochen werden muss. Die neoliberale Formierung der Gesellschaft ist für eine gewisse Zeit durch die massenhafte Verweigerung in den vielen kleinen und größeren Städten vor allem in der ostdeutschen Provinz gestoppt worden. Diese Lektion in Fragen des nachhaltigen gesellschaftlichen Wandels sollte die Partei- und Bewegungslinke nicht wieder vergessen! Nicht zuletzt deshalb, weil auch die NPd ihre gesellschaftliche Verankerung durch soziale Ängste, Enttäuschungen und Proteststimmungen organisiert.

DIE LINKE mit Punkt ist jetzt auch in den westlichen Landesparlamenten vertreten. Damit sollte die soziale Frage wieder auf der parlamentarischen Tagesordnung angekommen sein. Doch die Bewegung fühlt sich ziemlich allein gelassen. Hinreichend ist weder die kommunale noch die

bundesrepublikanische Praxis dieser Partei mit linken Alleinvertragsansprüchen. Sie interveniert bisher nicht in die Produktion jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die massenhaft Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit in prekäre unsichere Verhältnisse presst. Nein, so lange das strategische Hauptziel darin besteht, bis 2012 auf allen Ebenen regierungsfähig zu sein, so lange werden soziale Protestbewegungen und ihre Forderungen eher als Belästigung angesehen, als dass sie zu realen Auseinandersetzungen würden. Auch die DGB-Gewerkschaften beschränken sich auf das sozialpolitische Thema der drohenden Altersarmut von abhängig Beschäftigten und hoffen auf eine Weiterführung der großen Koalition als kleineres gesellschaftliches Übel. Dabei erscheinen ein angemessenes Mindesteinkommen von 500 Euro ALG II und ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro sowie eine ernsthafte Arbeitszeitverkürzung mit

vollem Lohnausgleich als nicht unrealistisch. Sie sichern den Betroffenen ein höheres Maß an gesellschaftlicher Teilhabe und stellen einen Einstieg in die notwendige Umverteilung dar.

Bis jetzt werden von den Gewerkschaften „Organizing-Kampagnen“ durchgezogen, um in gefährdeten betrieblichen Bereichen zahlende Mitglieder und Organisationsmacht zurückzugewinnen. Das Projekt einer gesellschaftlichen Linken muss anders aussehen. Im Angesicht der Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt Ausdruck der Krise unserer Zivilisation der Arbeit ist, wird es in zukünftigen Auseinandersetzungen um mehr gehen. Wir brauchen Ansätze der organisierten Selbstorganisation sowohl in den betrieblichen Kämpfen als auch bei den sozialen Auseinandersetzungen in den Städten. Und beide müssen sich aufeinander beziehen. Die bundesrepublikanischen Verhältnisse benötigen dringend ein

Stück Selbstermächtigung der „Habenichtse“ und eine reale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Und das wird nicht im nationalen Rahmen reichen, sondern muss den globalen Süden mit einbeziehen. Es ist Zeit, mehr angewandten Antikapitalismus von unten zu entwickeln, um der gesellschaftlichen Rechten nicht die Straße zu überlassen.

Dazu noch einmal Revellis Prognose für die Linke: „Entweder wird sie in der Lage sein, direkt in den Prozess der Entstehung und Strukturierung der gesellschaftlichen Gruppen einzugreifen, ... oder aber der Horizont, innerhalb dessen das gesamte Repertoire an Praktiken und Funktionen jener kollektiven Identität definiert wurde, die als politische Linke bekannt ist, riskiert, sich zusammen mit jener Zivilisation der Arbeit, in der sie sich gebildet hat, zu erschöpfen und aufzulösen.“

RAINER WAHLS

AUFRUF

Aktionstag in Aschersleben

Die ver.di Bezirksverwaltung Sachsen-Anhalt Süd, der ver.di Ortsverein Aschersleben und die Interessengemeinschaft -CONTRA SOZIALABBAU- rufen zu einem Aktionstag am

09.03.2009 in Aschersleben unter dem Motto **„Gesetzlicher Mindestlohn für Deutschland“** auf.

14:00 Uhr – **Mindestlohnmobil** am Holzmarkt

18:00 Uhr – **Montagsdemo** mit Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft verdi, als Sprecher am Holzmarkt

19:00 Uhr – Lars Johansen, Kugelblitze Magdeburg, anschl. Podiumsdiskussion mit Frank Bsirske, Norbert Blümm (angefragt), Rainer Wahls (Aktionsbündnis Sozialproteste), Elke Reinke (Linke), Undine Kurth (Grüne), Dettlef Gürth (CDU), Jens Ackermann (FDP) und Nadine Hampel (SPD)

Moderation: Roland Klautke (attac)

Bestehornhaus, Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben

